

Die Wahrheit im Nacken

„Rüstungsexporte nur zu genehmigen, wenn die Zielländer genau unseren Standards bei Demokratie und Menschenrechten entsprechen, wäre wirtschaftlich und politisch kontraproduktiv“, erklärt der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Klaus Schlie anlässlich einer Veranstaltung von Händlern des Todes in Kiel.

Was es für einen Landtagspräsidenten Wichtigeres gibt, als sich für „eine Branche, die niemand wirklich lieb hat“ (KN) aus dem Fenster zu legen, weiß Bernd Busemann, seines Zeichens Schlies Amtsbruder aus dem niedersächsischen Landtag: „Das individuelle Grundrecht auf Asyl in Artikel 16a GG und unsere Verpflichtung auf die Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention gehören zu den großen humanitären Errungenschaften der Bundesrepublik. Beides sind keine Schönwetterparagrafen. Und schon gibt es erstarrende politische Kräfte, die das schon beim ersten Windstoß über den Haufen werfen wollen. Das dürfen wir nicht zulassen.“

Die Rückbesinnung auf die historischen Bezüge nationalen und internationalen Flüchtlingsrechts in Verbindung mit einem Bekenntnis zu konsequentem Humanismus wäre in der Tat die ultimative Antwort auf den asylpolitischen Status Quo. Geschichtsvergessen aber stürzte Europa sich in eine perfide Verabredung zum Menschenhandel. Die Opfer dieses EU-Türkei-Deals – in Griechenland gestrandete wie in der Türkei abschiebungsbedrohte Flüchtlinge – können so nur noch hoffen, dass der Sultan tatsächlich auf die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen pfeift.

In der Türkei selbst häufen sich derweil die Fluchtgründe. Die Regierung deportiert rechtswidrig syrische Flüchtlinge oder lässt an der Grenze auf sie schießen. Oppositionelle Parlamentarier werden für vogelfrei erklärt, Kurden zu Hunderttausenden aus ihren Städten verjagt, Journalisten inhaftiert und Frauen in die offenen Klingen eitrer Patriarchen getrieben. Türkische Frauenorganisationen zählten allein 2015 über 300 zumeist in der Familie getötete Frauen, schon 94 im ersten Quartal 2016.

Bundesweit und auch hierzulande gehen derweil die Flüchtlingszahlen zurück. Waren es im Januar noch 2.177, wurden im April nur 568 AsylantragstellerInnen in Schleswig-Holstein aufgenommen, in den 11 Landesunterkünften sind von 11.585 Plätzen 2.037 belegt.

Doch der Bundesinnenminister und seine Zahlenjongleure rechnen den Bedarf an Integrationsförderung erbarmungslos herunter. Auf Grundlage von bundesamtlichen Asylentscheidungen von über 50% bei Asylsuchenden aus Syrien, dem Irak, dem Iran und Eritrea werden allein diesen „sichere Bleibeperspektiven“ zugesprochen und frühe Förderangebote avisiert. Den Bund kummert indes nicht, dass von zurückgenommenen oder anders erledigten Asylanträgen und Dublin-Fällen bereinigt, auch Menschen aus dem Jemen, Südsudan, Afghanistan, Somalia, Libyen oder Ruanda 70 bis 100%ige Anerkennungsquoten erfüllen.

Diese Wahrheit im Nacken verfallen Gesetzgeber und Asylbürokratie offenbar auf Churchill und arbeiten daran, die Asylstatistik mit allen Tricks, wie behaupteten inländischen Fluchtalternativen, erfundener Sicherheit in Drittländern und immer mehr angeblich verfolgungsfreien Herkunftsländern, zu drücken. Die

Unterstellung, Geflüchtete seien regelmäßig sanktionswürdige Integrationsverweigerer, lenkt erfolgreich die Stammtische und den Boulevard davon ab, dass das Angebot an Sprachkursen eigentlich völlig unzureichend ist.

Kampagnenhaft werden Schutzsuchende mit dem Stigma fehlender Rechtstreue diskreditiert. Spätestens seit der Kölner Silvesternacht – in Kiel wurde mit dem Sophienhofmärchen nochmal nachgelegt – gelten Flüchtlinge interessierten politischen Kreisen und ihren Medien als Sicherheitsrisiko und kriminell umtriebig. Das Vorgangsbearbeitungssystem der schleswig-holsteinischen Polizei hingegen zählt fürs vergangene Jahr u.a. 7 gemeingefährliche Straftaten, 120 Eigentumsdelikte, 74 Körperverletzungen, 15 Beleidigungen, 24 Sachbeschädigungen, 88 Staatsschutz- und 2 Sexualdelikte auf – nichts davon von Asylsuchenden, aber sämtlich gegen Flüchtlinge begangen. Im ersten Quartal 2016 ist gar eine über 200 %ige Steigerung festzustellen.

Besonders afghanische Flüchtlinge sind ins Fadenkreuz der offiziellen Verabschiedungskultur geraten. Während das Kriegsministerium über immer mehr posttraumatisch gestörte Bundeswehrheimkehrer lamentiert, flaniert der Bundesinnenminister Stahlhelm bewährt an Kabuler Bombentrümmern entlang und schämt sich nicht für Flüchtlinge bestehende Rückkehrgefährdungen in alle Mikrofone zu leugnen. Eine afghanische Hilfsorganisation meldet, dass zwei mit Sammelflug im Februar „freiwillig“ Rückgekehrte inzwischen tot seien.

Noch widersteht der Kieler Innenminister den Avancen seines Bundeskollegen und erklärt, afghanische Flüchtlinge nicht abschieben zu wollen. Sein Abteilungsteiter macht auf aufenthaltsrechtliche Auswege aufmerksam und preist die Härtefallkommission. Auch schleswig-holsteinische Flüchtlingsinitiativen kümmern sich. Sie sind gut vernetzt - auch mit Kirchengemeinden.

Kiel, 17.5.2016

Martin Link

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein - Der Schlepper wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Angebote zur Mitarbeit sind erwünscht. Beiträge bitte nur als Text-Datei zusenden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.), Andrea Dallek, (schlepper@frsh.de) · **Layout:** Kirstin Strecker · **Druck:** hansadruck, Kiel · **Fotos:** Peter Werner (Titelfoto, Seiten 9, 11, 13, 16, 20, 21, 23, 28, 42, 44, 46, 54, 57, 61, 71 und 79), Martin Link (Seite 7), Heike Hänsel (Seiten 35 und 52), Ulf Stefan (Seiten 49, 58, 62, 74 und 81), Haus der Kulturen (Seiten 82 und 83) · **ISBN:** 978-3-941381-23-0 · **Schlepper online im Internet:** www.frsh.de/schlepper/

Förderung: Das Projekt „Dezentrale Flüchtlingshilfe“ wird gefördert durch PRO ASYL, KED sowie UNO-Flüchtlingshilfe und kofinanziert aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU.

Adresse: Der Schlepper · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431-735 000 · Fax: 0431-736 077 · office@frsh.de · www.frsh.de

